

Nebrer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restmetel 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtpostkassa Nebra — Bankverein Katern.

Nr 123

Donnerstag, den 17. Oktober 1929

42. Jahrgang

Hilferdings Finanzprogramm.

Es kann nicht behauptet werden, daß die vom Reichsfinanzministerium bekannt gegebenen Richtlinien seines finanzpolitischen Programms in der Öffentlichkeit die sehr kritische Einstellung gegenüber der gegenwärtigen Führung der deutschen Finanzpolitik abgesehen hätten. Im Gegenteil zeigt sich in diesem Programm erneut die völlige Führungslosigkeit und ein bedauerliches Mißverhältnis der gegenwärtigen volkswirtschaftlichen und finanzwirtschaftlichen Notwendigkeiten. Was der Reichsfinanzminister vorschlägt, ist nur ein Umbau der Einnahmen, kein Abbau der Ausgaben.

Wenn man die Pläne des Reichsfinanzministeriums in ihrer unmittelbaren finanzwirtschaftlichen Auswirkung auf die Einnahme- und Ausgabe der öffentlichen Haushalte betrachtet, so kommt man sogar zu dem Ergebnis, daß das Reichsfinanzministerium nicht nur völlig auf eine systematische Sparpolitik in Richtung auf eine umfassende Senkung der inneren Vorbelastungen der deutschen Wirtschaft verzichtet, sondern darüber hinaus sich mit seinen Plänen darauf abteilt, die gegenwärtigen Gesamtausgaben zu erhöhen. Es laien sich bezüglich der Auswirkung der Ausgabeminderungen, die das Reichsfinanzministerium in seinen Plänen einbezieht, selbstverständlich nur ganz oberflächliche Schätzungen aufstellen. Aber wenn man gerade angesichts der schwersten jahrelängigen Erschöpfung der Auswirkungen der amtlichen Pläne die erzielten Einnahmeverminderungen so hoch als nur irgend möglich einschätzt, so wird man doch bei dem Ergebnis bleiben, daß insgesamt diese Einnahmeverminderungen sich auf einen Betrag von 700 Millionen Reichsmark beschränken: 10prozentige Senkung der Realsteuer = 160 Millionen, Erhöhung der Freigebühren und allgemeine Tarifausweitung bei der Einkommensteuer = 500 Millionen, Erhöhung der Freigebühren bei der Vermögenssteuer = 40 Millionen (da die Einkünfte bei der Kapitalertragsteuer sich nur auf die zur Ermittlung gelangenden steuerpflichtigen Werte beschränken, würde hier gegenüber der bisherigen Gesamteinnahme aus der Steuerquelle keine Veränderung eintreten). — Diesen 700 Millionen Einnahmeverminderungen steht die unmittelbar auf den Reichshaushalt entfallende Ausgabeerparnis aus den Reparationen mit 400 bis 450 Millionen gegenüber, d. h. also der Betrag, der verbleibt, wenn man von der voraussichtlichen Gesamterparnis von 700 bis 750 Millionen, die bisher nicht in den Reichshaushalt einbezogenen 300 Millionen des Zinseinkommens für die Industrieobligationen ausstellt. Die Einnahmeverminderung des Staatshaushalts soll durch eine Steuererhöhung im Umfang von 150 Millionen ergänzt werden. Des weiteren wird behauptet, die Industrieaufbringung wird jährlich 300 Millionen, die unmittelbar durch die Damesgeleise bestimmt war und jetzt auf der Grundlage des Youngplans zur Aufhebung gelangen sollte, über 5 Jahre zu verteilen, jetzt also erstmals diese Sonderbelastung nur um ein Fünftel zu ermäßigen und die verbleibenden vier Fünftel in die von Reparationen unbelastete direkte Einnahme des Reichshaushalts einzubringen, d. h. also eine weitere Steigerung der Einnahmeseite für das kommende Etatsjahr um 240 Millionen. Aus Ausgabeerparnis — ausschließlich zufolge der Reparationserleichterung — und Einnahmevermehrungen ergibt sich eine Gesamtsumme von 820 bis 870 Millionen.

Der Gesamtplan des Reichsfinanzministeriums läuft demnach offensichtlich darauf hinaus, für das Etatsjahr 1930 eine Erhöhung der Ausgabebeile des ordentlichen Staatshaushalts in Höhe von 150 Millionen vorzunehmen. So wie immerhin kein Beginn der Reparationsperiode der Damesgeleise soll erneut der Wirtschaft in allen ihren Teilen die reparationswirtschaftliche Erleichterung im wesentlichen vorenthalten bleiben und unmittelbar fiskalischen Zwecken zugeführt werden.

Man wird sich sehr bald in allen politischen Kreisen darüber klar werden müssen, daß eine solche Finanzpolitik von keiner Mehrheit des Parlaments getragen sein wird. Finanzpolitische Reformen umfassender Art sind notwendig, und zwar keineswegs mit der beschränkten Aufgabenerfüllung, harte Beiträge in der Wirtschaft für eine umfassende Kapitalneubildung frei zu machen, sondern mit der weiten und umfassenden sozialpolitischen Zielsetzung, durch eine energische großstaatliche Umwertung des deutschen Produktionskapitals die existierende Voraussetzung für die Überwindung der Not und des Elends der Arbeitslosigkeit zu schaffen. Weiterbildung, Kapitalbildung und Arbeitslosigkeit sind mehr denn je auf das Unmittelbarste ineinander verflochten. Es gibt keine Möglichkeit, über die Not der Arbeitslosigkeit hinweg zu kommen, wenn man nicht durch eine Stärkung des deutschen Produktionskapitals die Voraussetzung für eine entscheidende Ausweitung der Arbeitslosenarbeiten schafft.

Ohne Sparen keine Finanzreform! Dieses Sparen ist nicht nur möglich auf dem Gebiet der öffentlichen Verwaltungsausgaben, so wie es bei der Verschärfung des diesjährigen Etats gehandhabt wurde. Seit Monaten wird immer und immer wieder die Reichsfinanzverwaltung darauf gedrängt, von sich aus die Initiative zu einer Auflockerung der sogenannten zwangsläufigen Ausgaben zu ergreifen, bei den einzelnen Ressorts für die bevorstehende Reichsperiode die gelegentliche Aktion zu veranlassen, die solche Auflockerung der Zwangsläufigkeiten in Verbindung mit umfangreicher Ausgabeerparnis unterbauen muß. Das völlige Verlassen der Reichsfinanzverwaltung nach dieser Richtung hin ist außerordentlich bedauerlich. Denn erneut wird damit die ganze Initiative für diese einzige mögliche Politik in das Parlament selbst verlegt, wo zwangsläufig angesichts der parlamentarischen System bei uns jö lähmenden Parteizersplitterung sich ein einseitiger Plan unter einer einseitigen Führung nicht wird herausbilden können, so daß man erneut zu halben Notmaßnahmen auf dem Wege gegenseitiger Kompromisse gelangen wird, wie im Frühjahr dieses Jahres.

Nur wenn der Staat in die Grenzen äußerster Sparlamelle zurückgeführt wird, und nur wenn die Wirtschaft auf festiger, klarer Grundlage zu arbeiten vermag, wird es möglich sein, die inneren sozialen Nöte zu überwinden und den wirtschaftlichen Unterbau für die weitere deutsche Beseitigungsarbeit zu schaffen.

Diktatur und Bürgerkrieg.

Kampfruf der Wiener „Arbeiterzeitung“.

Wien, 16. Oktober.

Im Gegensatz zu der bisherigen Jurisprudenz der Sozialdemokratie nimmt die „Arbeiterzeitung“ höchstens Stellung gegen den neuen Verfassungsentwurf. Diese Vorgänge, so schreibt das Blatt, erfordere Bestimmungen, die die Sozialdemokratie unbedingt ablehnen werde. Das gelte vor allem für die künftige Stellung Wiens. Der Verfassungsentwurf wolle die Wiener zu Bürgern minderen Rechts machen. Die „Arbeiterzeitung“ hält dem Innenminister Schuma die Aeuerung vor, die Sozialdemokratie habe zwischen Krieg und Frieden, zwischen Demokratie und Diktatur zu wählen. Das Blatt folg:

„Wie wird eine sozialdemokratische Stimme für diese Entrechtung und Verengung Wiens zu haben sein. Droht die Regierung dann mit dem Kriegszustand, droht sie mit der Diktatur, werden wir es darauf ankommen lassen. Sie möge den Bürgerkrieg nur beginnen.“

Der neue österreichische Verfassungsentwurf.

Wien, 15. Oktober.

Im neuen österreichischen Verfassungsentwurf wird Wien nicht mehr, wie bisher, die Stellung eines Bundeslandes haben, ohne einem anderen Bundesland eingestuft zu werden. Wien wird vielmehr einen Teil seiner Rechte an die Bundesbehörde abtreten. Dazu gehört das Recht der Entscheidung in zweiter Instanz. Bisher hat praktisch dieselbe Wiener Behörde in gewissen Verwaltungsangelegenheiten zweimal entschieden, zuerst als städtische und dann als Landesbehörde. Anzunehmen soll die zweite Instanz als eine neue Behörde mit gemischter Zusammensetzung gebildet werden. Wesentliche Neuerungen bestehen darin, daß Wien nicht mehr wie bisher die Bundessteuern einzahlen soll, ferner, daß es zwar das Recht behalten wird, eigene Steuern auszusprechen, daß aber nicht mehr unbeschränkte und unkontrollierte Geldmittel in die Gemeindekasse fließen können.

Minister Schuma hielt in Herndonorf in Kärnten eine Rede, in der er u. a. ausführte: Der neue Bundesrat, der auch eine Art Wirtschaftskammer sein soll, wird 54 Mitglieder haben, und zwar 18 Landesvertreter und der Rest Vertreter der verschiedenen Wirtschaftskreise. Davon werden 12 Mitglieder Vertreter der Landwirtschaft, und zwar jeweils für die Arbeiter und Arbeiterinnen, 9 Vertreter von Handel, Gewerbe und Industrie, 9 für die Arbeiter und Privatangehörigen, 3 für die öffentlichen Angestellten und 3 für die freien Berufe sein. Ueber die Rechte des künftigen Bundespräsidenten teilte Schuma folgendes mit: Der Bundespräsident ernannt und erwählt die Regierung. Er kann der Nationalrat auflösen, er hat ferner das Recht, direkt an das Volk zu appellieren, und kann nach dem Verfassungsentwurf in beschränktem Umfang Notverordnungen erlassen.

Die russischen Kollektivwirtschaften.

Neue Pläne.

Moskau, 16. Oktober.

In der gesamten Sowjetunion fand ein sogenannter Erntetag statt. Die meisten Blätter hatten Sonderausgaben herausgegeben, die statistisches Material über das Ergebnis der Kollektivwirtschaften im vorliegenden Wirtschaftsjahr brachten.

Dannach betrug die Zahl der in Kollektivwirtschaften vereinigten Bauern über eine Million, deren Anbaufläche

5 Millionen Hektar umfaßt. Es wurden 55 große Sowjetgüter mit einer Anbaufläche von 2,5 Millionen Hektar eingerichtet, deren Durchschnittsernte 10,5 Zentner auf den Hektar betrug. Die Ernte dieser Staatsgüter erreichte im vorliegenden Jahre 660 000 Zentner. Im laufenden Wirtschaftsjahr (1. Oktober 1929 bis 30. September 1930) sollen weitere 65 Staatsgüter mit einer Anbaufläche von rund 3 Millionen Hektar eingerichtet werden.

Im vorliegenden Jahre erzeugten die Fabriken landwirtschaftliche Maschinen im Werte von 325 Millionen Rubel, während im laufenden Wirtschaftsjahr eine Erzeugung von landwirtschaftlichen Maschinen im Werte von 400 Millionen Rubel vorgeesehen ist. Der Bau von Traktoren ist auf 10 600 Stück gegen 3000 im Jahre 1928/29 festgesetzt worden.

Poincares Wandlungen.

Er stößt die Ansichten Briands.

Paris, 16. Oktober.

In „La Nation“ von Buenos Aires veröffentlicht Poincaré einen Aufsatz, der sich mit der Janger Konferenz beschäftigt.

Poincaré knüpft an die Schlussabmachungen im Haag an und meint, daß sie die wichtigste Frage über die Erfüllung des Youngplans offen gelassen hätten. Die Regierungen müßten sich im voraus der notwendigen Maßnahmen vergewissern, damit der transfergeschädigte Teil der deutschen Schuld schnell und unter befriedigenden Umständen kommerzialisieren werden könne und damit die Schulden Frankreichs, Englands, Italiens und Belgiens an die Vereinigten Staaten durch deutsche Zahlungen regelmäßig gedeckt würden.

Auf die Genfer Verhandlungen übergehend, billigt Poincaré Johann Briands Verfahren, der mit der ihm eigenen Klarheit ausinandergesetzt hätte.

Daß Frankreich seine Abhängigkeit seiner Sicherheit untergeordnet habe.

Denn Frankreich müsse seiner geographischen Lage, seiner verminderten Bevölkerung, seinem schwachen Wachstum und einer Reihe anderer Umstände Rechnung tragen. Briand hätte gleichzeitig in vorläufiger Form auf

die Erziehung der Jugend zu einem Adelkrieg in gewissen Staaten hingewiesen, doch wäre es ihm nicht gelungen, mit seiner Darstellung über die Abwicklung Streiteman zu überzeugen, von der treffenden Bemerkungen Briands seine eigene Auffassung von Sicherheit und Abfüllung gegenübergestellt habe. Mit Macdonald sei es ihm nicht besser ergangen.

Diese Meinungsverschiedenheiten, die sich auch auf eine Reihe anderer Fragen, wie beispielsweise die Abwicklungfrage erstreckt hätten, seien kein ernstlicher Anlaß für die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa. Stresemann dagegen habe darauf bestanden, daß die wirtschaftlichen Fragen überwiegen müßten, während Henderson auf den überseeischen Teil Englands und auf die Rechte der Dominions hinwies. So habe denn das Konzept mit einem Mißlingen begonnen.

Poincares Auffassung dürften die Vereinigten Staaten von Europa der Bedeutung des Völkerbundes, dem alle Staaten der Welt angehören sollen, in keiner Weise Abtrag tun. Auch würden sie den Vereinigten Staaten von Amerika nicht gleichen, eher der panamerikanischen Union.

England, Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien seien jedes in ihrer Art groß und schön, doch würde es niemals gelingen, sie zu verknüpfen.

Ein europäisches Vaterlandsgedächtnis an die Stelle des internationalen Patriotismus setzen zu wollen, wäre ein trügerisches Vorhaben.

„Wenn ich auch geneigt bin“, so schreibt Poincaré, „Europa mein zweites Vaterland zu nennen, so wird es nie doch niemals mein erstes Vaterland Frankreich ergeben.“

Doch seien alle diese Vorbehalte, so wichtig sie im einzelnen auch sein mögen, nicht geeignet, die Gründung der Vereinigten Staaten von Europa unmöglich zu machen. Ein ehrlicher und vertrauensvoller Versuch müsse gemacht werden.

Alle Echnschaft nach der Reichsbahn.

Sie muß aber wieder Staatsbetrieb werden.

Berlin, 16. Oktober.

Über die Beratungen der Arbeitsgemeinschaft der Reichsbahn verfolgt hat, wird auch der Behauptung begegnet sein, daß Bemühungen im Gange seien, die Reichsbahn in einen privatwirtschaftlichen Betrieb überzuführen. Bekanntlich haben sich maßgebende deutsche Industrielle, an der Spitze Siemens, schon während der 30er Jahre bemüht, die Hand auf die Reichsbahn zu legen und sie dem Staate abzugeben.

Da nunmehr die Reichsbahn als Garant für die Youngausgaben ausfällt, ist es erklärlich, wenn bei den Verhandlungen über die Neugestaltung der Reichsbahn sich die alten Wünsche wieder Geltung zu verschaffen suchen.

Bisher hat aber nicht nur die Reichsbahnverwaltung, sondern auch die Regierung, vor allem der Reichsfinanzminister, sich entschieden geweiht, überhaupt in Verhandlungen mit der Industriellengruppe einzutreten. Es heißt

worben, so daß Ferner Silberbrand für die zum Teil recht kümmerliche Arbeit ganz besonderer Dant und Anerkennung gebührt. Jetzt führen die reinen Zinnblech des 22 flingende Stimmern umfassenden Werkes wieder nachvoll durch das alte Gotteshaus, und Organist und Gemeinde können daran ihre Freude haben. Zudem hat die Orgel neben dem Brotpfeifer auch ein Magazinsgebäude mit elektrischem Antrieb erhalten, so daß jetzt der Organist von den Kalkanten unabhängig ist.

Weimar. Der Tod unter dem Juge. Der 72 Jahre alte Eisenbahndiener Richard Sturommel patentierte nach Dienstlich als einen isomalen Bild, der zwischen zwei Gleisen nach dem Weimarer Stationsgebäude führt. Während überfließt er eines dieses Gleise und wurde dabei von einem rangierenden Leertzuge erfasst. Er war auf der Stelle tot.

Steden b. Weimar. Segen der deutschen Erde. Was bei guter Düngung und intensiver Bodenbearbeitung aus der deutschen Erde herausgeholt werden kann, beweist der diesjährige Ertrag der Weizenfelder des Guts- und Landwirts Ernst Rahter. Trotz der überaus trockenen Witterung dieses Jahres hat er so große und schwere Weizen geerntet, daß sich fast davon einen Zentner wiegen — Die Schmelze in der Stedter Gegend sollen in diesem Jahre ebenso groß geworden sein, so daß es dort fischer 1900 auch ein gutes Kollaturwurst- und Brätsfisch geben dürfte.

Leipzig. Politische Schlägerei. In der Zeiser Straße fand eine Schlägerei wegen politischer Meinungsverschiedenheiten statt, in der ein Beteiligter blutende Wunden im Gesicht davontrug. Auf Veranlassung des Verletzten wurden die Täter in einer Wohnung festgehalten, leisteten hier aber Widerstand und konnten erst nach Eingreifen des Wehrfallkommandos festgenommen werden. Auch der Zuführung zur Polizeiwache luden sie sich zu widerlegen.

Wolken. Einbrecher an der Arbeit. Nachts drangen Diebe in ein Kolonialwarengeschäft in der Reuberer Straße ein und stahlen einen Schokoladen-Automaten. Weiter wurde ein Einbruch in das Warenhaus verübt, doch wurden die Täter gefasst. Dem Vierlandfänger gelang es, einen der Diebe dinglich zu machen.

Eisenach. Ein Zugunfall, der noch glimpflich abließ. Am dem Zuge 806 Halle—Eisenach ereignete sich ein Unfall, der leicht größeren Umfang annehmen konnte. Zwischen Bad Sulza und Apolda sprang während der Fahrt ein Tier auf. Beim Versuch, die Tier zu fassen, gab es plötzlich einen unvorhergesehenen Knack, und in der Mitte des Wagens lag man die Reihenden zu einem Knäuel zusammengeworfen. Durch umherliegende Glasplitter wurden zwei Damen verletzt, die durch das Zugsperrnloch verbunden wurden. Ein gerade vorüberfliegender D-Zug hatte die Tier vollständig abgeritten. Der D-Zug wurde zum Halten gebracht. Es tam nicht dringend genug gewarnt werden, sich während der Fahrt an die Zugstangen zu stellen.

Löpsch b. Altenburg. Folgen schwerer Zusammenstoß. Als der 70 Jahre alte Hauer Louis Kolbe aus Löpsch und seine 66 Jahre alte Frau, die beide einen Hundungen mit sich bei sich führten, aus dem Wäpfer Weg auf die Schmämler Landstraße kamen und sie überqueren wollten, kam von Schmölln her der Motorabfahrer Walter Stormberg aus Kautenberg, auf dessen Rad ein Walter Diebe aus Oberzeising mitfuhr, und fuhr ihn mit voller Gewalt von hinten an. Kolbe wurde 20 Meter fortgeschleudert und auf der Stelle getötet. Das Motorrad stürzte und die beiden Fahrer zogen sich schwere Verletzungen zu.

Wernigerode. 50 Jahre Föderinnung Wernigerode. Die Föderinnung Wernigerode beging das Fest ihres 50jährigen Bestehens, verbunden mit Fahnenweihe. Der Führer, Vizepräsident, Obermeister Bedor, Magdeburger, hielt die Rede. Weitere Anreden hielten Reichsstaatsangeordneter Nieseberg und der Präsident der Handwerkskammer zu Magdeburg, Stadtrat Flugmader, der im Auftrag der Handwerkskammer einen großen silbernen Kessel als Festgeschenk überreichte.

Uns Nah und Fern.

Burg. Automator. Ein Berliner Kaufmann hatte seine Wagen auf dem Paradeplatz geparkt und die Türen des Wagens verschlossen. Als der Kaufmann nach kurzer Zeit im Hotel Roland seinen Wagen wieder besorgen wollte, fand er das Auto erbrochen vor. Verschunden war ein tollerbar Markt. Es ist leider noch nicht gelungen, die Täter zu fassen.

Diesdorf. Scheunbrand. In den Morgenstunden brannte hier die Scheune des Grundbesitzers Schulz nieder. Nur die Umfassungswand blieb stehen. Der Schaden ist groß. Aber die Entschädigungslage ist nichts besannt.

Sachsen. Im Streit um ein Mädchen erschossen. In der Nacht kam es in der Feuerber Straße, vor der Breinerei Zeitmann, zu einer Schlägerei, bei der das Messer die Hauptrolle spielte. Der 27jährige Kohlen-träger Martin Schulz erhielt dabei einen Stich in die Schläfe. Er wurde ins Krankenhaus gebracht, wo er trotz sofort vorgenommener Operation gestorben ist. Der Täter ist ein 19jähriger Knerrt Claus aus Seimingen, der zum Dionysiusmarkt nach hier gekommen war. Der Grund zur Tat ist der Streit um ein Mädchen.

Schla. Ungewöhnlicher Besuchweg. Einen ungewöhnlichen Weg wählte ein Maler, um in das Haus seines Vaters zu gelangen, mit dem er verfeindet ist. Der Vater hatte verbotliche Gerichte und sollte den Gemeindevorsteher und den Nachtwächter, nach einem Suchen sollte man den Eindringling aus dem Spornstein und brachte ihn „beruht“ zur Polizei.

Ladeburg. Gräßlicher Tod zweier Kinder. Einem furchtbaren Unfall fielen hier zwei dreijährige Kinder, ein Knabe und ein Mädchen, zum Opfer. In einem unbedachten Augenblick ließen die Kinder in dem Motorenhaus. Hier wurden sie von der Welle erfasst. Der Knabe wurde mehrmals herumgeschleudert. Das Mädchen wurde mit großer Wucht gegen die Wand geschleudert. Beide Kinder waren auf der Stelle tot.

Duisburg. Zugunfall am Hauptbahnhof. Der Personenzug 260 fuhr bei der Ausfahrt aus dem Hauptbahnhof gegen eine Rangierlokomotive. Bei dem Zusammenstoß wurden mehrere Personen verletzt, doch ist lechts erkrankt. Die beiden Lokomotiven wurden so schwer beschädigt, daß sie abgeleitet werden mußten. Die Reisenden legten mit einem anderen Zuge die Fahrt fort.

Frankfurt a. M. Großfeuer in Ostheim. Aus bisher unbekannter Ursache brach im Frankfurter Ostheim ein Großfeuer aus. Es brannten die ausgebeuteten Lagerhäuser der Rommingerie, die sich mit der Verteilung von Kohlen und Eisen befaßten, sowie die Lagerhäuser

einer Meßhandlung. Die Feuerwehr war mit mehreren Löschzügen angeteilt, mußte sich aber darauf beschränken, die umliegenden Gebäude vor dem Übergreifen des Feuers zu schützen. Nach mehr als zweistündiger Tätigkeit gelang es, das Feuer auf seinen Zieg zu beschränken. Der Schaden ist sehr groß.

Witten. Senator Niebour als Leiche gefunden. Die Leiche des seit etwa acht Tagen vermissten Senators Niebour wurde vor dem Wäpfer der staatlichen Travefährer in der Trave treibend aufgefunden. Der Vermisste hatte alle Verfassungen, die er seit seinem Verschwinden bei sich trug, noch in seinem Besitz.

Köln. Eisenbahnunfall in Rheinland. Auf der Bahnstrecke von A. a. S. nach Siegen fuhr der von Köln in Richtung Siegburg a. d. Sieg verkehrende Personenzug 1618 mit einem fahrenden Güterzug zusammen. Bei dem Zusammenstoß wurden eine Anzahl Fahrgäste leicht verletzt. Die Lokomotiven beider Züge wurden schwer beschädigt.

Worms. Sprengkapseln auf der Straße. In der Volkshausstraße wurden von mehreren Personen Sprengkapseln abgeworfen, die nach Auslösen der Fühler auf der oberen Röhrenplatte Straße von der Volkshausstraße bis zur Hanfstraße gelegen haben sollen. Es handelt sich um Sprengkapseln von Sandgranaten. Später wurden von der Polizei noch eine größere Anzahl Sprengkapseln auf demselben Wege gefunden. Die politische Polizei fahndet nach den Personen, die die Sprengkapseln fortgeworfen oder verloren haben.

Großfeuer in Apenrade.

Ein Sägewerk und eine Maschinenfabrik eingeschmort.

Apenrade, 16. Oktober.

In der Nacht brach im Säges- und Söbelwerk von Boulsen ein Feuer aus, das mit rasender Schnelligkeit um sich griff und den Betrieb völlig einwirkerte. Trotz der Bemühungen der Feuerwehrrang das Feuer aus auf einen größeren Schuppen sowie auf die Maschinenfabrik von Fischer über. Diese wurden ebenfalls fast gänzlich zerstört.

Es gelang nur die in den Garagen befindlichen Autos zu retten. Der Schaden ist sehr groß. Von der Stadtverwaltung war auch die Hilfe der Haderlebener sowie der Hensburger Feuerwehren erbeten worden, die sich lebhaft an den Arbeiten beteiligten.

Bombenwurf in einem Sottoter Gaithaus.

Sottia, 16. Oktober. In der Nacht wurde in einem Gaithaus, das von den magdeburgischen Angehörigen Protogroßes besetzt ist, eine Bombe geworfen. Fünf Personen wurden verletzt. Darunter befindet sich der bekannte Revolutionär Genesiffi. Es ist anzunehmen, daß der Missetäter ein polit. Die Polizei unternahm noch in der Nacht eine Razzia in den von Magdeburgern besetzten Lokalen, wobei 30 Personen wegen unbedingten Waffentragens festgenommen wurden.

Ein Fallschirmzwergeriff aufgehoben.

Sterkrade, 15. Oktober. Nach längerer Beobachtung nahm die Sterkrader Polizei heute Personen wegen Verdachts der Fallschirmerei fest. In der Wohnung des Hauptverdächtigen, eines Metzgermeisters, wurde in einem Zimmer ein vollständig eingerichteter Fallschirmzwergeriff vorgefunden. Bei den weiteren Nachforschungen konnten in einem Koffer verpackt weiteres Handwerkszeug und auch zur Herstellung von Fallschirm benutzte Gießformen zum Zuge geföhrt werden. Es wurden in der letzten Zeit falsche Fälschungen in Betrieb gebracht. Einer der Festgenommenen wurde nach eingehendem Verhör freigelassen, während die übrigen, darunter der Metzgermeister, ein Metzger und ein Arbeiter, dem Amtsgericht Osterhausen zugeführt wurden.

Bann übersiedelt die Rheinlandkommission?

Köln, 15. Oktober. Die interalliierte Rheinlandkommission hat dem Reichskommissar für die besetzten Gebiete soeben mitgeteilt, daß sie in der Zeit zwischen dem 10. und 25. November ihren Sitz nach Wiesbaden verlegen wird.

Schwere Zusammenstöße in Hannover.

Ein Polizeibeamter tot, fünf Verletzte.

Hannover, 16. Oktober. Gelegentlich einer im „Volksort“ stattgefundenen nationalsozialistischen Versammlung kam es gegen Mitternacht auf der Deisterstraße zu heftigen Kämpfen zwischen dem nationalsozialistischen Saalzug und politischen Gegnern. Die Polizei war mit etwa 80 Mann zu Fuß und einer Abteilung zu Pferde erschienen, um die Säuberung des Deisterplatzes vorzunehmen.

Dabei kam es zu schweren Zusammenstößen, wobei drei Zivilisten und zwei Polizeibeamte durch Messerhiebe verletzt wurden. Ein Polizeibeamter verstarb nach seiner Entlieferung ins Krankenhaus.

Theodor Leipart lebensgefährlich verletzt.

Ein Unglücksfall auf der Aua.

Berlin, 15. Oktober.

Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Theodor Leipart, ist bei einem Kraftwagenunfall schwer verletzt worden und liegt zurzeit in Todesgefahr im Berliner Hildebrand-Krankenhaus.

Das Unglück ereignete sich auf der Aua-Bahn. Leipart befand sich zusammen mit dem Direktor der Bahn der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.G., Geheimrat Bagdemir, im Kraftwagen, als plötzlich der Wagen, der in großer Geschwindigkeit fuhr, von der Fahrbahn abkam und sich überschlug. Leipart erlitt einen Schädel- und einen Oberarmbruch. Sein Zustand ist sehr ernst.

Leipart war als Vorsitzender des ADG, der Nachfolger von Karl Legien. Er lebt im 63. Lebensjahre. Geboren in Neuhardenburg, trat er als Drechsler in die gewerkschaftliche Bewegung ein, 1898 wurde er Vorsitzender des Solartebeiterverbandes. Im Reichstag war er von April 1919 bis August 1920 als münchener Reichstagsmitglied tätig. Er ist seit 1921 Mitglied der Reichstagsfraktion der Arbeiterpartei, der er als gewerkschaftlicher Führer seit seiner Jugend angehört hat, und bel allen Schicksalen, sondern auch meist über die Kreise hinaus wegen seines lauten Redens hohes Ansehen.

Explosionenflug in einer Autofabrik.

Über vier Tote, sieben Verletzte.

Paris, 16. Oktober.

In der Kraftwagenfabrik von Talbot in einem Pariser Vorort ereignete sich eine schwere Explosion. Gegen 9 Uhr

Schweres Eisenbahnunglück in Norditalien.

6 Tote, 50 Verwundete.

Mailand, 15. Oktober.

In der Nähe von Campolo stieß ein Zug der Straßenbahn mit einem Güterzug zusammen. Aus den Trümmern des Straßenbahnmagnets wurden sechs Tote geborgen, 50 Personen wurden mehr oder minder schwer verletzt, während weitere 50 Personen mit leichten Quetschungen und Hautabrischen: davongekommen sind.

4 Tote 23 Verletzte bei einem Kraftwagenunfall.

Rom, 16. Oktober. Ein schweres Unglück traf eine Gruppe ehemaliger Kriegsteilnehmer bei der Rückkehr von einem Besuch der Kriegereisenbahn auf dem Monte Cassino. Ein mit 23 Teilnehmern besetztes Auto geriet bei Bassano (Benetico) auf abschüssiger Straße ins Rutschen, wobei der Führer die Gewalt über das Fahrzeug verlor. Neun Insassen sprangen in voller Fahrt ab, von denen drei sofort tot waren, während sechs weitere schwer verletzt wurden. Von den übrigen Fahrgästen wurde einer durch den Anprall des Kraftwagens gegen einen Felsen getötet und sieben weitere wurden leicht verletzt. Der unverschuldet geführende Führer des Wagens ist auf der Flucht. Eine amtliche Untersuchung ist eingeleitet.

Kaiserin Jita nach Belgien übergeföhrt.

Brüssel, 16. Oktober. Die Witwe des ehemaligen Kaisers Karl von Oesterreich, Kaiserin Jita, ist mit ihren Söhnen nunmehr endgültig nach Belgien übergeföhrt, wo der älteste Sohn an der Universität Löwen studieren wird.

Der Millionär als Bettler.

Paris, 16. Oktober. In Mallorca lebte seit langer Zeit ein deutscher Reichsangehöriger Georg Bernheim in äußerster Armut. Er war ein sehr reich, ergab sich zur rechten Lebenszeit aller bezugslos, die den Resten denen gelang und sein ärmtliches Leben mit angehen lassen, daß er ein Vermögen von rund 1 Million Franken besaß.

In 2 Stunden 22 Minuten nach Königsberg.

Königsberg i. Pr., 16. Oktober. Das in der Nacht um 23.00 Uhr in Berlin flugplanmäßig gefahrte dreimotorige Junkers-Großflugzeug der Deutschen Luftlinie traf unter Führung von Flugkapitän Jant mit fünf Fluggästen, Post und Fracht bereits um 1.22 Uhr nachts in Königsberg ein. Der starke Westwind hat dem Flugzeug unter Berücksichtigung der geraden Luftlinie von 560 Kilometer eine Stundenleistung von 27 Kilometern gegeben. Die Verkehrszeit von 2 Stunden 22 Minuten für die Strecke Berlin—Königsberg ist bisher von keinem Flugzeug oder anderem Verkehrsmittel erreicht worden.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Mitgeteilt von der Mitteldeutschen Handelskammer, Magdeburg, durch die Stabskapitän A. H.

In der Berichtswochen bild wesentliche Veränderungen in der Gesamtirtschaftslage nicht bekannt geworden. Die Arbeitslosen-ziffer ist — fallomonäßig bedingt — leicht gestiegen. Die Großhandelsumsätze für die 1. Oktoberwoche zeigt die erwartete Gutspannung, wodurch das Produktionsverhältnis um 2,2% bzw. 2,9% verbessert. Die Sparlagen im ganzen Deutschen Reich sind im August um 143 Mill. auf 8466 Mill. gewachsen. Gegenüber dem Vormonat ist der Einlagenzuwachs gestiegen. — Die Lage der Industrie findet ihren Ausdruck in der Güterumschlagung der Reichsbahn, die sowohl insgesamt als auch arbeitstäglich einen Rückgang zeigt. Die Produktions- und Umsatzziffern der Vereinigten Stahlwerke zeigen einen geringeren Umfang als im Reford-Quartal April/Juni, der jedoch immer noch erheblich über den Ergebnissen der Vorjahre bleibt. Bemerkenswert ist, daß der Umsatz mit dem Inlande eine Zunahme, der mit dem Auslande dagegen eine Abnahme zeigt. Die Vertragsverhältnisse haben sich infolge der Nationalisierung geboben. Erfolgreich ist festzustellen, daß die Schiffs-ausfuhr im August sowohl der Menge als auch dem Werte noch die Einfuhr ganz erheblich übertraf. — Ebenso ist die Ausfuhr an Metallabfällen im August gestiegen. — Ebenso ist die Ausfuhr an Metallabfällen im August gestiegen, nach dem Gesamtstand des Arbeitsmarktes zu urteilen, die Arbeitslosenziffern geringer als in der Vormonats- und Ertragslinie. Zurückzuführen ist dieser Umfang auf die Kräftefrage in der Landwirtschaft und die anhaltend geringe Wirtschaftslage des mitteldeutschen Braunkohlen-, Kali- und Kupferbergbaus. Die fallomonäßig rückwärtigen Märkte in der Bau- und Bau-Metallindustrie, während dies die Lage der Metallindustrie. Die Krise in der übrigen Güter- und keramischen Industrie hat eine Reihe neuer Insolvenzen herbeigeföhrt. — Der Anfang Oktober zu übersehende Vertrag der Rastoffelente erhebt vor allem in West- und Südband fest ausgefallen zu sein als erwartet worden ist. Die Herbstbestellung war infolge der schwierigen Verarbeitung noch im Rücklauf. Eine Besserung der Situation der Landwirtschaft ist nach den ausbleibenden Regenfällen der letzten Woche zu erwarten, die noch von Einfluß auf die Winterernte und namentlich auf die Winterkulturen sein werden. — Die Werte für die in der Berichtswochen ausgeprochenen Steuern, ohne daß zunächst besondere Vorteile hierfür erkennbar wurden. Gegen Ende der Berichtswochen wurde die überlaufende Zusammenfassung der Deutscherischen Boden-Gesellschaft mit der Deutscherischen Kreditbank sich unangenehm. Abgeschlossen für diesen Zusammenfassung war die angepante Lage bei der Deutscherischen Boden-Gesellschaft. Die Abgabebewertung erlebte alle Märkte und Branchen. Die von Großbankette unternommenen Interkontinentalen konnten die Kurse nicht vor ganz erheblichem Rückgang bewahren.

Wetterlage.

Die Nordmeeresdröpfung hat sich wesentlich vertieft, die durch einen intensiven Polarluftausbruch auf ihrer Rückseite Energie zugeführt wurde. Um ihrer Südseite entwickelte sich eine Randförmung, die sich nach Süden ausdehnen wird. Da gleichzeitig sehr über Nordmeeresuropa bei aufblühender Tätigkeit anhebt, ist mit einer atmungsförmigen Dröpfung des Windes nach Nordwest zu rechnen. Damit wird vorausichtlich wieder Temperaturrückgang einbrengen.

—Wahrscheinliche Witterung.

Immer noch möglich, bei verhältnismäßig hohen Temperaturen. Recht niederschlägig.

Recht und Nationalitätenkampf in Polen

Soeben wurde vor dem Doppelner Gericht der Prozeß geführt, der wegen der bekannten Lebergriffe gegen eine polnische Theatergesellschaft gegen rund 20 Personen anhängig gemacht worden war. Es handelt sich in der Hauptsache um Angehörige und Handwerker. Die Anklage lautete auf Landesverrat, wobei der Polenbund als Nebenkläger zugelassen wurde. Der Vorfall selbst ist hinreichend bekannt; von den zuständigen deutschen bzw. preußischen Behörden ist alles getan worden, um eine Sühne der Lebergriffe gegen polnische Schauspieler herbeizuführen. Nach den von den polnischen Schauspielern mitgeteilten nach den Vorfällen zu Protokoll gegebenen Darstellungen mußte angenommen werden, daß es sich um tätliche Angriffe und Beschimpfungen gehandelt hätte, die auch unter dem Gesichtspunkt der in Oberösterreich besonders lebendigen nationalen Sentimentalität als Auswirkung des polnischen Terrors in Ost-Oberösterreich nicht gerechtfertigt erscheinen können. Unter diesen Umständen hätte sich auch die deutsche Regierung veranlaßt gesehen, bei der polnischen Regierung ihr Bedauern über diese Vorfälle zum Ausdruck bringen zu lassen. Von der preußischen Regierung war freigelegte Äußerung der Lebergriffe veranlaßt worden.

Es zeigte sich aber sehr bald, daß von polnischer Seite dieser Vorfall, der im deutsch gesprochenen Teil Oberösterreichs trotz polnischer Provokationen zu den ganz vereinzelten Ausnahmefällen gehört, innen- und außenpolitisch ausgewertet werden sollte. Trotz der deutschen Aufzeichnungen schärfster Art — der Doppelner Polizeipräsident z. B. wurde umgehend seines Postens entsetzt — nahm die polnische Regierung den Doppelner Trossenband zum Anlaß einer Wölferbandaktion, wobei der Polenbund ein reichlich sensationell aufgeputztes Material plant, was nachweisen sollte, daß Polenverfolgungen in Deutschland an der Tagesordnung seien. Der Wölferbandrat hat bekanntlich die deutschen Erklärungen über die getroffenen Maßnahmen als ausreichend gehalten, ohne sich im einzelnen mit den Vorfällen zu befassen.

Es war zu erwarten, daß der Prozeß von den Polen zu einer polnischen Sensation gefeuert werden würde, die darin bestehen sollte, daß man mit Hilfe eines umfangreichen Zeugenapparates einmal die besondere Brutalität des „deutschen Terrors“ gegen die Polen, zum anderen schlagend nachweisen wollte, daß die Polen in Deutschland schwerer Unterdrückung ausgesetzt seien. Die ersten Zeugenvernehmungen schienen die polnischen Behauptungen auch zu bestätigen. Aber schon am dritten Verhandlungstage kam es zu einer Sensation ersten Ranges, wie sie allerdings von den Polen nicht erwartet worden sein mag. Zwei polnische Zeugen erklärten unter ihrem Eide, daß sie in Opatowitz verlegt worden noch sonst zu Schäden gekommen seien. Durch diese und weitere Zeugenaussagen und Beweiserhebungen der Verteidigung wurde einwandfrei festgestellt, daß man polnischerseits verlustig 4, für den Doppelner Prozeß die Aussagen vorher festzulegen, Personen, die überhaupt nicht belästigt oder gar geschlagen worden waren, mußten Verletzungen, Gesundheitsstörungen und Zerstörung ihrer Wäffelninstrumente vorbringen. Falls, von polnischen Zeugen ausgesetzte Mißstände taten ein übriges, um den Doppelner Prozeß im polnischen Sinne vorzubereiten.

Auch in Opatowitz selbst wurde einwandfrei festgestellt, daß die polnischen Zeugen von ihrer Vernehmung instruiert wurden. Trotzdem hat sich der Vorfall des



Kochen Sie **MAGGI'Suppen!**
Das spart Mühe, Zeit und Geld.
Viele Sorten.

Oppelner Gerichts bemüht, in objektiver Weise die Rechtsfindung zu ermöglichen. Wie entgegenkommend der deutsche Gerichtsvoorkühende den Polen gegenüber gemeint ist, zeigte auch die Behandlung der polnischen Presserepeter. Während bei Deutschenprozessen im entziffenen Gebiet der deutschen Presse die Berichterstattung mit allen möglichen Mitteln ersichert, so durch Beschlagnahmungen die Veröffentlichung von Prozeß-Berichten gänzlich verhindert wird, mußte bei dem gegenwärtigen Prozeß erst die Verteidigung auf die Besorgung der polnischen Presserepeter gegenüber deutschen Zuhörern aufmerksam machen.

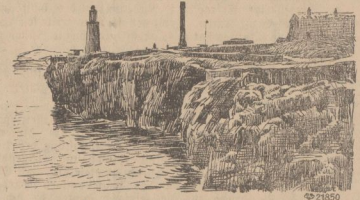
Die Polen taten jedenfalls Unrecht daran, den Doppelner Prozeß vor der ganzen Welt eine so große Bedeutung beizulegen. Es ist ihnen nicht gelungen, die allgemeine Aufmerksamkeit auf die gewiß ganz nichts zu entschuldigenden Ausschreitungen Zuzugewandter zu lenken und womöglich noch die Reichswehr mit der Angelegenheit in Verbindung zu bringen. In gleichem Maße wird sich vielmehr das öffentliche Interesse den polnischen Prozeßmethoden zuwenden. Mit denselben Mitteln, mit denen die Polen beim Doppelner Prozeß vorgehen, haben sie bei allen Prozeßen gegen das Deutschtum im entziffenen Gebiet verfahren, das Recht zu beugen. Noch in frischer Erinnerung sind die polnischen Dokumentenfälschungen bei dem Prozeß gegen den oberösterreichischen Abgeordneten Ullrich. Ebenfalls mit Dokumentenfälschungen verfuhr man seinerzeit eine Schuld des hervorragenden deutschen Schulmannes Duden zu konstatieren. Mit Zeugenbeeinflussungen und Dokumentenfälschungen ist man auch gegen den Deutschtumsbund vorgegangen. In bemerkenswertem Gegensatz zu dieser polnischen „Rechtssprechung“ steht die deutsche Prozeßführung in Opatowitz.

Da in Polen die Unabhängigkeit des richterlichen Standes abgehafft ist, können die politischen Richter nicht anders als als Werkzeuge der polnischen Regierung und deren verwerflicher Minderheitenpolitik betrachtet werden. Daß, wenn es sich um Deutsche handelt, polnische Gerichte immer eine Schuld finden, hat auch das Lemberger Tenzenurteil gezeigt. Drei deutsche Hochschüler, die nichts weiter getan haben, als die deutschen Siedlungen in Opatowitz zu bereinigen und darüber harmlose Aufzeichnungen zu machen, wurden zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Das Strafmaß, das noch nicht einmal die Höhe der Unterdrückung erreicht, läßt ohne weiteres erkennen, in welcher Verlegenheit sich bei der Urteilsfindung die polnischen Richter befinden können. Wenn sich das Lemberger polnische Gericht sogar erdreistet, in der Urteilsbegründung die Behauptung aufzustellen, daß die drei Studenten „für deutsche Regierungshandlungen vorgenommen hätten“, so dürfte dies zweifellos von deutscher amtlicher Stelle zum Anlaß genommen werden, gegen bezügliche Entstellungen in Warschau Protest einzulegen.

Kleine Chronik.

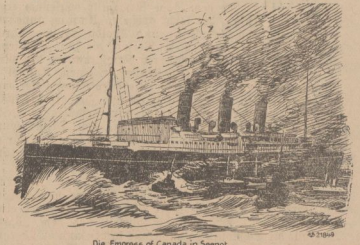
Drei durchgebrannte Berliner in Budapest festgenommen. Auf Grund einer Mitteilung der Berliner Polizei wurden in einem einlängigen Besondereinrichtungen bei Budapest zwei junge Männer und ein junges Mädchen festgenommen. Alle drei sind erst 18 Jahre alt; sie waren aus Berlin durchgebrannt. Es wurde festgestellt, daß sie ohne Erlaubnis mit einem Korbboot auf der Donau nach Budapest gekommen waren und sich dort ein entlegenes Wohngebäude zum Aufenthalt ausgesucht hatten, das sie bereits seit mehreren Monaten bewohnten.

Schwere Vulkanausbruch auf Martinique. Nach einem Telegramm aus Fort de France ist ein Vulkanausbruch des Mont Pelé auf der Insel Martinique erfolgt. Der Ausbruch war weit härter als der vom 16. September dieses Jahres. Da sich die Bevölkerung in großer Gefahr befindet, hat der Gouverneur von Martinique die sofortige Räumung der gefährdeten Ortschaften angedeutet.



Zum Baubeginn des Gibraltar-Tunnels

Im Auftrage der spanischen Regierung wurde mit den Vorbereitungen für einen Tunnel unter der Straße von Gibraltar begonnen. In der Umgebung von Gibraltar wurden umfangreiche Abmessungen und Bohrungen vorgenommen. Der Beginn des Tunnels der Afrika und Europa verbindet, soll nächst möglich beschleunigt werden. Der Felsen von Gibraltar mit dem Leuchtturm. Hier soll der Tunnel beginnen.



Die Empress of Canada in Seerot

Der Canadian-Pacific-Dampfer „Empress of Canada“ ist mit 200 Passagieren und 30 Mann Besatzung an Bord am Eingang des Hafens von Victoria in der Meerenge von Juan de Fuca auf einen Felsen gestrandet. Der Passagiere begründung die Behauptung aufzustellen, daß die drei Studenten „für deutsche Regierungshandlungen vorgenommen hätten“, so dürfte dies zweifellos von deutscher amtlicher Stelle zum Anlaß genommen werden, gegen bezügliche Entstellungen in Warschau Protest einzulegen.

Das Schiffes, bald wieder die Hilfe herbeizulufen. Schleppteamer bemüht sich um die Rettung der Passagiere.

Abtschrift.

Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen.

Wissenschaft und Praxis haben festgestellt, daß gewisse Vogelarten im Dienste der Schädlingsbekämpfung von ganz hervorragender Bedeutung sind. Diese sind die Eule, der Igel, die Fledermaus, der Dachs, der Fuchs, der Marder, der Waschbär, der Ziesel, der Hasel, der Marderhund, der Fennek, der Luchs, der Wolf, der Fuchs, der Igel, die Fledermaus, der Dachs, der Fuchs, der Marder, der Waschbär, der Ziesel, der Hasel, der Marderhund, der Fennek, der Luchs, der Wolf.

Alle Gulanarten, Turmfalke, Mäusejäger und Saatfährde sind ungeschätzbare Mäusejäger. Die Meisen bilden eine wertvolle Schutzpolizei unserer Gärten, Obstplantagen und Waldreviere. Auf Gänsehöfen sind Schwaben, Möstschwänze und Algenfresser als Insektenvertilger nicht zu unterschätzen.

Deshalb ist es der eigene Vorteil einer Gemeinde, diese wirtschaftlich wertvollen Vogelarten zu vermehren und zu verbreiten, bzw. ihren Bestand zu erhalten. Dazu sind folgende praktische Maßnahmen der Vogelhöfe und des Vogelschutzes erforderlich.

1. Für Höhlenbrüter (Eule, Meisen) sind alte Bäume mit ausgefallenen Ästen und verlassene Spechtlöcher (Kopfwunden, Bauplöcher) als natürliche Brutplätze zu erhalten und künstliche Nistkästen (Vergessene Nistkästen, Nistkästen) in Gärten, Obstplantagen, an Landstraßen, auf Friedhöfen und in Wäldern aufzuhängen. Guten Laichen sind durch Anbringen von Ästen hinter dem Eingang von Ecken eingeleitet als Brutvogel anzuführen.
2. Für Freibrüter (Graswinder, Droscheln, Finken, Vögel) sind die weichen Gärten zu erhalten und an Gräben, Feldwegen, Bach- und Teichufer Büschel und Gebüschgruppen sowie Kopfwunden und Pappeln anzupflanzen. Wie manche abgebaute Kies- und Lehmgrube, wie mancher steile Gang und tote Winkel liegt unbesetzt da. Zur Anpflanzung eignen sich besonders wilde Stachelbeere, Zwergornisbeere, Weißdorn, Weißdorn, Wilder Rose, Schottische Rainrose, Heckenrose, Solonber, Gesträuch und Fichte. Gärten sind mit unter Schnitt gehaltenen Eichen, Weißpappel mit Buchscheiden einzufriedigen. Hecken dürfen nur im Vorwärtigkeit der Herbst verdrängt werden, da durch den Schattenschritt man die zweite Brut vernichtet wird. In der nächsten Umgebung der Straßenecken kann niedrigeres Futter angepflanzt werden. Das Abkürzen von Weiden auf Wiesen, Feldrainen, Gelände, an Hängen und Wäldchen, sowie von Holz und Schilf ist in der Zeit vom 15. März bis 30. September verboten. Keine ausgebeuteten Vogelschutzgebiete, sondern keine, von einander getrennte Gebiete anlegen.
3. Im Garten, in der Obstplantage und in Wäldern, auf jedem Friedhof und in jedem Schulgarten ist eine wetterfeste Winterfütterung einzurichten. Geflügel Futterhaus, Braus Weizenkörner, „Antispag“ und Futterglocke für Meisen sind besonders zu

empfehlen. Sonnenlinsen- und Kürbiskerne, Unkrautkörner, Gans und ungeschälte Speck (kein Brot, keine Kartoffeln) sind Futtermittel. Futterkräuter, wie Weizhorn, Solonber, Heckenfische und Gesträuch, sind anzupflanzen.

4. In wasserarmen Gelände darf eine Vogeltränke (großer Eimer mit Wasser, in dem ein flaches Zementblech) nicht fehlen. Im Winter kein warmes Wasser setzen.

5. Die größten Feinde unserer nützlichen Singvögel sind wilde Katzen. Nestschutz müssen Nester und Nestschutz, Eiser, Eichelhäher und Glühwürmchen müssen ferngehalten werden. Auf Vogelfelder in der Nähe der Futterplätze und Vogeltränke ist zu achten. Jäger, Feld Heger und adert die geflügelten Bestimmungen für

unserer Raubvögel. Der Gebrauch des Nistkastens ist gesetzlich verboten. Für eine planmäßige energische Sperlingsbekämpfung ist Sorge zu tragen. Jeder Friedhof sei eine vorbildliche Vogeltränke.

Die Beratungsstelle für Vogelschutz an der Landwirtschaftskammer der Provinz Sachsen erteilt jederzeit weitere Auskunft über alle Fragen der Vogelhöfe und des Vogelschutzes.

Wird veröffentlicht.
Nebr, den 10. Oktober 1929.
Der Magistrat.
Statmann.

Bindladenverkaufskasten,
dick, mittel, dünn und fein für
Hausalt, Papier, Wärfeln, u.
Eisenwarengeschäfte. Druckstärke
festen, ca. 3-4-5-6 mm Stärke,
wie Sie ihn brauchen.
Spannspinnerei in Wolfenbüttel,
Vollsch. 32.

**GESCHÄFTS
BÜCHER**

J. C. KÖNIG-EBHARDT
BESCH. WÄRFELBÜCHERFABRIK
K O N I G W E R K

sowie Fabrikate jeder anderen
Geschäftsbücherfabriklieferung
Wilhelm Sauer, Rosslab
Heute Donnerstag

**Sett-
büchlinge**
Wwe. Meiß.

Bei uns

billige und gute Lebensmittel

Vollkorn, unglasert	1 Pfd. nur 28 Pfg.	Hering in Gelee	2 Pfd.-Dose nur 78 Pfg.
Zafel-Vollkorn, glasert	1 " " 35 "	Brat-Hollmops	2 Pfd.-Dose " 88 "
Grises, fein und mittel	1 " " 34 "	Bratbieringe	2 Pfd.-Dose " 90 "
Gruppen	1 " " 32 "	Bismarckheringe	2 Pfd.-Dose " 98 "
Größen, geschält	1 " " 40 "	Sardinen	2 Pfd.-Dose " 90 "
Altkorn-Größen	1 " " 38 "	Selbarden	Dose " 45 "
Schnitt-Madeln	1 " " 36 "	Schnitt-Käse	1 Pfd.-Dose " 75 "
Mattaroni	1 " " 50 "	Brüh-Würstchen	
Eier-Madeln	1 " " 60 "	Dose, 5 Paar, nur 1.50 Mk.	
Eier-Mattaroni, Bruch	1 " " 65 "	Hamburger Käse	1 Pfd. nur 75 Pfg.
Corinthin	1 " " 65 "	Edamer Käse	1/2 " " 25 "
Mandelbrot	1 " " 68 "	Schweizer Käse	1/4 " " 50 "
Kofosfett	1 Pfd. 65 und 60	Amerik. Schmalz	1 " " 78 "
Margarine	1 Pfd. von 55 Pfg. bis 1 Mk.	Kamphong	1 " " 38 "

Hamburger Kaffee-Lager
Gustav Baresel

Thams & Garfs
Niederlage
Nebr a. U. Nebr a. U.

Nebrauer Anzeiger

Ämliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wily. Sauer in Nohleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Nohleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Nohleben Nr. 221. — Postkassentexto: Leipzig Nr. 22 232

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Rahmenstiel 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten:
Stadtpostkasse Nebra — Bankverein Aetern.

Nr 123

Donnerstag, den 17. Oktober 1929

42. Jahrgang

Silberdings Finanzprogramm.

Es kann nicht behauptet werden, daß die vom Reichsfinanzministerium bekannt gegebenen Richtlinien seines finanzpolitischen Programms in der Deffinitivität die sehr kritische Einstellung gegenüber der gegenwärtigen Führung der deutschen Finanzpolitik abgewandt haben. Im Gegenteil zeigt sich in diesem Programm erneut die völlige Führungslosigkeit und ein bedauerliches Mißverstehen der gegenwärtigen volkswirtschaftlichen und finanzwirtschaftlichen Notwendigkeiten. Was der Reichsfinanzminister vorschlägt, ist nur ein Umbau der Einnahmen, kein Abbau der Ausgaben.

Wenn man die Pläne des Reichsfinanzministeriums in ihrer unmittelbaren finanzwirtschaftlichen Auswirkung auf die Einnahme- und Ausgabe Seite der öffentlichen Haushalte betrachtet, so kommt man sogar zu dem Ergebnis, daß das Reichsfinanzministerium nicht nur völlig auf eine systematische Sparpolitik in Richtung auf eine umfassende Senkung der inneren Vorbelastungen der deutschen Wirtschaft verzichtet, sondern darüber hinaus sich mit keinen Mitteln darauf abteilt, die gegenwärtigen Gesamtausgaben zu erhöhen. Es lassen sich bezüglich der Auswirkung der Ausgabeänderungen, die das Reichsfinanzministerium in seinen Plan einbezieht, selbstverständlich nur ganz oberflächliche Schätzungen aufstellen. Aber wenn man gerade angesichts der schweren zahlenmäßigen Erfolge der Auswirkung der amtlichen Pläne die erzielten Einnahmeverminderungen so hoch als nur irgend möglich einschätzt, so wird man doch bei dem Ergebnis bleiben, daß insgesamt die Einnahmeverminderungen sich auf einen Betrag von 700 Millionen Reichsmark beschränken: 10prozente Senkung der Reichsteuern = 160 Millionen, Erhöhung der Freizugänge und allgemeine Tarifsenkungenverziehung bei der Einkommensteuer = 500 Millionen, Erhöhung der Freizugänge bei der Vermögenssteuer = 40 Millionen (da die Entlastungen bei der Kapitalertragssteuer sich nur auf die zur Emission gelangenden festverzinslichen Werte beschränken, würde hier gegenüber der bisherigen Gesamteinnahme aus der Steuerquelle keine Veränderung eintreten). — Diesen 700 Millionen Einnahmeverminderungen steht die unmittelbar auf den Reichshaushalt entfallende Ausgabeerparnis aus den Reparationen mit 400 bis 450 Millionen gegenüber, d. h. also der Betrag, der verbleibt, wenn man von der voraussichtlichen Gesamterparnis von 700 bis 750 Millionen, die bisher nicht in den Reichshaushalt einbezogenen 300 Millionen des Zinsendienstes für die Industrieobligationen ausschaltet. Die Einnahmeseite des Haushalts soll durch eine Wertevererhöhung im Umfang von 150 Millionen ergänzt werden. Des weiteren wird beabsichtigt, die Industrieaufbringung mit jährlich 300 Millionen, die unmittelbar durch die Dawesgesetze bestimmt war und jetzt auf der Grundlage des Youngplans zur Aufhebung gelangen sollte, über 5 Jahre zu verteilen, jetzt also erstmals diese Sonderbelastung nur um ein Fünftel zu ermäßigen und die verbleibenden vier Fünftel in die von Reparationen unbelastete direkte Einnahme des Reichsausfalls einzubeziehen, d. h. also eine weitere Erhöhung der Einnahmeseite für das kommende Etatsjahr um 240 Millionen. Aus Ausgabeerparnis — ausschließlich zufolge der Reparationserleichterung — und Einnahmeerhöhungen ergibt sich eine Gesamterparnis von 820 bis 850 Millionen.

Der Gesamtplan des Reichsfinanzministeriums läuft demnach offensichtlich darauf hinaus, für das Etatsjahr 1930 eine Erhöhung der Ausgabe Seite des öffentlichen Haushalts in Höhe von 150 Millionen vorzunehmen. So wie immerzu beim Beginn der Moratoriumsperiode der Dawesgesetze soll erneut der Wirtschaft in allen ihren Teilen die reparationswirtschaftliche Erleichterung im wesentlichen vorerhalten bleiben und unmittelbar fiskalischen Zwecken zugeführt werden. Man wird sich sehr bald in allen vollstehenden Körperschaften darüber klar werden müssen, daß eine solche Finanzpolitik nur seiner Weisheit des Parlamentes getragen sein wird. Finanzpolitische Reformen unvollständiger Art sind notwendig, und zwar keineswegs mit der begrenzten Aufgabenstellung, harter Feinschnitt in der Wirtschaft für eine umfassende Kapitalneubildung frei zu machen, sondern mit der weiten und umfassenden sozialpolitischen Zielsetzung, durch eine energische großmaßstäbliche Ausweitung des deutschen Produktionskapitals die entscheidende Voraussetzung für die Überwindung der Not und des Elends der Arbeitslosigkeit zu schaffen. Weiterbildung, Kapitalbildung und Arbeitslosigkeit sind mehr denn je auf das Unmittelbarste ineinander verflochten. Es gibt keine Möglichkeit, über die Not der Arbeitslosigkeit hinweg zu kommen, wenn man nicht durch eine Stärkung des deutschen Produktionskapitals die Voraussetzung für eine entscheidende Ausweitung der Arbeitsmöglichkeiten schafft.



Stellung gegen den neuen Verfassungsentwurf. Diese Vorlage, so schreibt das Blatt, enthalte Bestimmungen, die die Sozialdemokratie unbedingt ablehnen werde. Das gelte vor allem für die fünftägige Stellung Wiens. Der Verfassungsentwurf wolle die Wiener zu Bürger mit minderen Rechten machen. Die „Aristokratie“ hält dem Innenminister Schum die Werkzeuge vor, die Sozialdemokratie habe zwischen Krieg und Frieden, zwischen Demokratie und Diktatur zu wählen. Das Blatt sagt: „Nie wird eine sozialdemokratische Stimme für die Entrechtung und Vergewaltigung Wiens zu haben sein. Droht die Regierung dann mit dem Kriegszustand, droht sie mit der Diktatur, werden wir es darauf ankommen lassen. Sie möge den Bürgerkrieg nur beginnen!“

Der neue österreichische Verfassungsentwurf.

Im neuen österreichischen Verfassungsentwurf wird Wien nicht mehr, wie bisher, die Stellung eines Bundeslandes haben, ohne einem anderen Bundesland eingegliedert zu werden. Wien wird vielmehr einen Teil seiner Rechte an die Bundesbehörde abtreten. Dazu gehört das Recht der Entschädigung in zweiter Instanz. Bisher hat praktisch dieselbe Wiener Behörde in gewissen Verwaltungsangelegenheiten zweimal entschieden, zuerst als länderliche und dann als Bundesbehörde. Nunmehr soll die zweite Instanz als eine neue Behörde mit gemeinsamer Zusammensetzung gestiftet werden. Wesentliche Neuerungen bestehen darin, daß Wien nicht mehr wie bisher die Bundessteuern einziehen soll, ferner, daß es zwar das Recht behalten wird, eigene Steuern auszusprechen, daß aber nicht mehr unbegrenzte und unkontrollierte Geldmittel in die Gemeindefälle fließen können.

Minister Schum hielt in Herzdorf in Kärnten eine Rede, in der er u. a. ausführte: Der neue Bundesrat, der auch eine Art Wirtschaftskammer sein soll, wird 54 Mitglieder haben, und zwar 18 Landesvertreter und der Rest Vertreter der verschiedenen Wirtschaftskreise. Davon werden 12 Mitglieder Vertreter der Landwirtschaft, und zwar jeweils für die Arbeitgeber und Arbeitnehmer, 9 Vertreter von Handel, Gewerbe und Industrie, 9 für die Arbeiter und Privatangehörigen, 3 für die öffentlichen Angestellten und 3 für die freien Berufe sein. Aber die Rechte des fünftägigen Bundespräsidenten sollte Schum folgendes mit: Der Bundespräsident ernennt und entläßt die Regierung. Er kann den Nationalrat auflösen, er hat ferner das Recht, direkt an das Volk zu appellieren, und kann nach dem Verfassungsentwurf in beschränktem Umfang Notverordnungen erlassen.

Die russischen Kollektivwirtschaften.

In der gesamten Sowjetunion fand ein sogenannter Erntefest statt. Die meisten Blätter hatten Sonderausgaben herausgegeben, die hübscheste Material über das Ergebnis der Kollektivwirtschaften im verflochtenen Wirtschaftsjahr brachten. Danach betrug die Zahl der in Kollektivwirtschaften vereinigten Bauern über eine Million, deren Anbaufläche

5 Millionen Hektar umfaßt. Es wurden 55 große Sowjetgüter mit einer Anbaufläche von 2,5 Millionen Hektar eingerichtet, deren Durchschnittsernte 10,5 Zentner auf den Hektar betrug. Die Ernte dieser Staatsgüter erreichte im verflochtenen Jahre 600 000 Zentner. Im laufenden Wirtschaftsjahr (1. Oktober 1929 bis 30. September 1930) sollen weitere 65 Staatsgüter mit einer Anbaufläche von rund 3 Millionen Hektar eingerichtet werden.

Im verflochtenen Jahre erzeugten die Fabriken landwirtschaftliche Maschinen im Werte von 225 Millionen Reichsmark, während im laufenden Wirtschaftsjahre eine Erzeugung von landwirtschaftlichen Maschinen im Werte von 406 Millionen Reichsmark vorgesehen ist. Der Bau von Traktoren ist auf 10 600 Stück gegen 3000 im Jahre 1928/29 festgesetzt worden.

Poincares Wandlungen.

Er schlägt die Ansichten Briands.
4 Paris, 16. Oktober.

In „La Racion“ von Buenos Aires veröffentlicht Poincaré einen Aufsatz, der sich mit der Saager Konferenz beschäftigt. Poincaré knüpft an die Schlussabmachungen im Saager und meint, daß die wichtigste Frage über die Erfüllung des Youngplans offen gelassen hätte. Die Regierungen müßten sich im voraus der notwendigen Maßnahmen vergewissern, damit der transferfähige Teil der deutschen Schuld schnell und unter befriedigenden Umständen kommerzialisieren werden könne und damit die Schulden Frankreichs, Englands, Italiens und Belgiens an die Vereinigten Staaten durch deutsche Zahlungen regelmäßig gedeckt würden.

Auf die Genfer Verhandlungen übergehend billigt Poincaré jedoch Briands Verhalten, der mit der ihm eigenen Klarheit auseinandersetzt hat.

Daß Frankreich seine Abstützung seiner Sicherheit untergeordnet habe.

Wenn Frankreich müsse seiner geographischen Lage, seiner verminderten Bevölkerung, seiner schwachen Nachbarn und einer Reihe anderer Umstände Rechnung tragen. Briand hätte gleichzeitig in vorzüglicher Form auf die Erziehung der Jugend zu einem Adelstier in gewissen Staaten hingewiesen; doch wäre es ihm nicht gelungen, mit seiner Auffassung über die Abstützung Stresemann zu überzeugen, der den treffenden Bemerkungen Briands seine eigene Auffassung von Sicherheit und Abstützung gegenübergestellt habe. Mit Macdonald sei es ihm nicht besser ergangen.

Die Meinungsverschiedenheiten, die sich auch auf eine Reihe anderer Punkte, wie beispielsweise die Minderheitenfrage erheben hätten, seien kein ermutigender Auftakt für die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa. Stresemann dagegen habe darauf bestanden, daß die wirtschaftlichen Fragen überwiegen müßten, während Henderson auf den überlieferten Selbst Englands und auf die Rechte der Dominions hingies. So habe denn das Saager mit einem Winkeln begonnen. Nach Poincares Auffassung dürften die Vereinigten Staaten von Europa der Bedeutung des Völkerbundes, dem alle Staaten der Welt angehören sollen, in seiner Welt Abring tun. Auch würden die Vereinigten Staaten von Amerika nicht gleichen, eher der panamerikanischen Union.

England, Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien seien jedes in ihrer Art groß und mächtig, doch würde es niemals gelingen, sie zu verschmelzen. Ein europäisches Vaterlandsgesühl an die Stelle des internationalen Patriotismus setzen zu wollen, wäre ein trügerisches Vorhaben.

„Wenn ich auch geneigt bin“, so schreibt Poincaré, „Europa mein zweites Vaterland zu nennen, so wird es nie doch niemals mein erstes Vaterland Frankreich erliegen.“ Doch seien alle diese Vorbehalte, so wichtig sie im einzelnen auch sein mögen, nicht geeignet, die Gründung der Vereinigten Staaten von Europa unmöglich zu machen. Ein ehrlicher und vertrauensvoller Verkehr müsse gemacht werden.

Alte Sehnsucht nach der Reichsbahn.

Sie muß aber wieder Staatsbetrieb werden.

Der Beratungen der Arbeitsgemeinschaft der Reichsbahn verlor hat, wird auch der Behauptung begegnet sein, daß Bemühungen im Gange seien, die Reichsbahn in einen privatrechtlichen Betrieb überzuführen. Bekanntlich haben sich maßgebende deutsche Industrieleute, an der Spitze Stinnes, schon während der Inflation bemüht, die Hand an die Reichsbahn zu legen und sie dem Staate abzunehmen. Da nunmehr die Reichsbahn als Garant für die Youngabgaben ausfällt, ist es erklärlich, wenn bei den Verhandlungen über die Neugestaltung der Reichsbahn sich die alten Wünsche wieder Geltung zu verschaffen suchen.

Bisher hat aber nicht nur die Reichsbahnverwaltung, sondern auch die Regierung, vor allem der Reichsverkehrsminister, sich entschieden geweigert, überhaupt in Verhandlungen mit der Industriellengruppe einzutreten. Es steht